

und alle Werktätigen, die am Unterrichtstag in der Produktion mit der Schuljugend in Berührung kommen, stärker auf die klassenmäßige Erziehung der Kinder Einfluß nehmen. Wir unterstützen diese Vorschläge und schlagen unsererseits vor, daß die Partei; und Gewerkschaftsorgane sich damit ausgiebig beschäftigen und sie in ihrer praktischen Arbeit berücksichtigen.

In einem Antrag wird vorgeschlagen, das „Neue Deutschland“ mit einer Beilage für die Nachrichten der jeweiligen Bezirke herauszugeben und die Bezirkszeitungen wegfällen zu lassen. Diesem Antrag, liebe Genossinnen und Genossen, kann man nicht zustimmen. Die Bezirkszeitungen sind doch Organe der Bezirksleitungen und damit ein Instrument der politischen Führung durch sie. Sie helfen aktiv, die Beschlüsse des Zentralkomitees in den einzelnen Bezirken zu verwirklichen. Entsprechend der unterschiedlichen Struktur und den spezifischen Aufgaben der einzelnen Bezirke wird zur Verwirklichung der Parteibeschlüsse eine höchst differenzierte Arbeit geleistet, die durch eine Beilage im Zentralorgan der Partei nicht bewältigt werden kann, liebe Genossinnen und Genossen! (Beifall.)

Gleichzeitig — und das vor allem darf man auch nicht außer acht lassen — sind die Bezirkszeitungen als Heimatzeitungen auf die vielfältigste Art mit dem Leben der Bürger des Bezirkes verbunden.

In den Anträgen, die sich mit den Renten beschäftigen, beziehen sich die Antragsteller auf die erfolgreiche ökonomische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik.

Genosse Walter Ulbricht hat ausführlich zu diesen Fragen Stellung genommen und Vorschläge unterbreitet, wie ab 1968 die Lebenslage der Rentner schrittweise weiter verbessert wird. Genosse Willi Stoph hat in seinem Referat noch einmal auf diese Vorschläge hingewiesen und sie schon etwas stärker konkretisiert. Es scheint also, daß der Parteitag, nachdem die Referate bestätigt sind, auch zu diesen Anträgen keine besonderen Beschlüsse mehr anzunehmen braucht.

Dem Parteitag liegen ferner schriftliche Vorschläge zur Abänderung beziehungsweise zur Ergänzung des Parteistatuts vor, die sich aus der praktischen Tätigkeit der Partei bei der Durchführung der Beschlüsse, bei der weiteren Durchsetzung der Leninschen Normen des Parteilebens sowie der Verbesserung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit der leitenden Parteiorgane ergeben. Ihr, Genossinnen und Genossen, habt alle diese Anträge schriftlich vor euch liegen. Sie sind mit den entsprechenden Begründungen verbunden, so daß ich mir weitere Ausführungen dazu sparen